

Einstellung des Kupondienstes der österreichischen Staats- papiere.

Die „Wiener Zeitung“ bringt heute folgende Kundmachung: Der am 10. d. von Deutschösterreich unterzeichnete Friede von St.-Germain enthält auch allgemeine Grundsätze, nach denen die Schuldverbindlichkeiten des ehemaligen österreichischen Staates auf die einzelnen auf seinem Gebiet entstandenen Nationalstaaten und auf diejenigen Staaten, welchen Teile dieses Gebietes einverleibt werden, übergehen. Gemäß diesen Grundsätzen, die Verbindlichkeiten Deutschösterreichs hinsichtlich einzelner Schulkategorien, sowie hinsichtlich der von Deutschösterreich zu befriedigenden Titresinhaber abzugrenzen, erfordert umfangreiche Vorbereitungen und Feststellungen, welche vor dem 1. Oktober, d. i. dem nächsten Termin für verschiedene Fälligkeiten der allgemeinen und der österreichischen Staatsschuld, nicht durchgeführt sein können. Die deutschösterreichische Regierung wird die notwendigen vorbereitenden Arbeiten mit dem größten Nachdruck beschleunigen, um sobald als nur möglich den auf sie entfallenden Anteil des Kupons- und Annuitätendienstes der alten Staatsschulden zu leisten. Es dürfte möglich sein, in kurzer Zeit, wohl noch im Laufe des Monats Oktober, zumindest provisorische Anforderungen zur Aufnahme der Zahlungen in demjenigen Umfange zu treffen, der den schon derzeit feststellbaren Verpflichtungen Deutschösterreichs entspricht. Sobald die Vorarbeiten vollendet sind, werden die erforderlichen Weisungen an die in Betracht kommenden Stellen ergehen, damit sofort mit der Einlösung der Fälligkeiten in dem angegebenen Umfange vorgegangen werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt ist mit dem Ankauf der Fälligkeiten der alten Staatsschuld für Rechnung des deutschösterreichischen Staates, wie er von Deutschösterreich, um die Staatsgläubiger nicht auf das Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten warten zu lassen, seit Mai d. J. eingerichtet worden ist, innezuhalten.

Die Finanzverwaltung rückt also jetzt mit einer amtlichen Verlautbarung heraus, nachdem bereits gestern telegraphische Nachrichten aus Berlin (!) vorlagen, in denen von einer Zahlungseinstellung Deutschösterreichs die Rede war. Diese Nachricht hat sich zwar nicht bewahrheitet; wohl hat sie aber genügt, um das Vertrauen des Auslandes in die Zahlungsfähigkeit Deutschösterreichs noch mehr als bisher zu erschüttern.